

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### USA: Aufruf an Verbündete

Auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO hat US-Verteidigungsminister Weinberger die Verbündeten dazu aufgerufen, sich an dem amerikanischen Forschungsprogramm für Weltraumwaffen zu beteiligen. Wie verlautete, teilte Weinberger mit, dass allen NATO-Partnern und anderen mit den USA befreundeten Staaten ein entsprechender schriftlicher Appell zugehe.

### Basel: OECD-Tagung eröffnet

In Basel ist eine zehntägige Umweltkonferenz der OECD eröffnet worden. Ziel der Konferenz ist es, einen Vorentwurf für ein Abkommen über den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Abfälle zu erarbeiten.

### BRD: Förderung von Wohneigentum

Das Bundeskabinett hat unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl die Förderung von Wohneigentum in der Bundesrepublik beschlossen.

## Strassenverkehr

### Verwendungsdauer für Spikes-Reifen verlängert

Bern (AP) Die erlaubte Verwendungsdauer für Spikes-Reifen an leichten Motorwagen ist bis zum 30. April verlängert worden. Dies hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im Sinne der Verkehrssicherheit verfügt. Nachdem im Alpen- und Voralpengebiet und zum Teil bis in die Niederungen weiterhin winterliche Strassenverhältnisse herrschen, teilte das EJPD am Dienstag mit. Nach den geltenden Vorschriften sind Spikes-Reifen normalerweise nur in der Zeit vom 1. November bis 31. März gestattet.

Das EJPD ruft zudem in Erinnerung, dass die Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge mit Spikes-Reifen 80 Kilometer pro Stunde beträgt und dass das Befahren von Autostrassen und Autobahnen mit Ausnahme der N12 zwischen Thusis und Mesocco (GR) sowie des Gotthardstrassentunnels der N2 zwischen Göschenen (UR) und Airole (TI) nicht gestattet ist.

## Jahr der Jugend

### Papst ruft zur Wahrung traditioneller Werte auf

(AP) Papst Johannes Paul II. hat am Dienstag die Jugend der Welt aufgerufen, die traditionellen Werte zu wahren. In seinem Apostolischen Schreiben zum Internationalen Jahr der Jugend erklärte der Papst, die wachsenden Unterhaltungsindustrien lenkten die Menschen von einer ernsthaften Beschäftigung mit dem Leben ab. Er warnte vor den Verführungen durch Werbung und Konsumismus, die den natürlichen Wunsch nach Vermeidung von Anstrengungen durch Gespräche und sofortige Befriedigung der Wünsche versprächen. Dagegen betonte er die Bedeutung der katholischen Sakramente wie Taufe, Firmung und Ehe.

Warnend verwies der Papst auch auf die Versuchungen der bitteren Kritik, die in Frage stellen wolle, und des Skeptizismus gegenüber den traditionellen Werten. Er warnte vor Alkohol, Rauschmitteln und der Vorstellung, dass mit Terrorismus eine bessere Welt zu erringen sei. Eine Gefahr sah er auch in der Veränderung der Haltung zur Ehe und der Rolle der Frau in dem Gesellschaften, die sich modern und fortschrittlich nennen. Die Ehe werde hier zum Vergnügen und die Frau vom Subjekt zum Objekt reduziert.

## Heute: Feierliche Eröffnung des Landtags

Thronrede S.D. des Erbprinzen - Wahl des Landtagspräsidiums und der ständigen Kommissionen

Mit der feierlichen Eröffnung des Landtags durch S.D. Erbprinz Hans Adam beginnt der vierte und letzte Abschnitt der laufenden Legislaturperiode. Der Landtag, dessen Amtszeit im Februar nächsten Jahres abläuft, war in der jetzigen Zusammensetzung 1982 gewählt worden. Der diesjährigen Landtagseröffnung kommt eine gewisse Bedeutung für die Zukunft zu, denn es könnte das letzte Mal sein, dass ein Landtag zu einer Sitzungsperiode eröffnet wird, in dem keine Frauen als gewählte Abgeordnete vertreten sind. Und es könnte auch die letzte Eröffnung sein, die mit der bereits historischen Zahl von 15 gewählten Abgeordneten stattfindet.

Vor Ablauf der Amtszeit wird der Landtag voraussichtlich, wie in den letzten Jahren, etwa acht Sitzungstage abhalten. Vier Sitzungstage sind bereits vor der Sommerpause eingeplant, wobei ein Schwerpunkt im Sommer jeweils die Beratung der Jahresrechnung darstellt. Ungefähr gleich viele Sitzungstage werden aller Voraussicht nach im Herbst und Winter folgen, mit dem alljährlichen Schwerpunkt des Budgets für das folgende Jahr und der Finanzplanung für die kommenden fünf Rechnungsjahre. Daneben aber gibt es noch eine Reihe von Gesetzesvorlagen zu beraten und - wenn immer möglich - zu verabschieden.

### Letztmals ohne Frauen?

Bis in einem Jahr wird man die Frage gut beantworten können, ob das liechtensteinische Parlament weiterhin ein Männerparlament bleibt. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts im vergangenen Jahr verbindet sich die Hoffnung, nicht nur bei den Frauen, auf eine Vertretung des weiblichen Geschlechts im Landtag. Den Frauen steht mit dem Inkrafttreten der politischen Gleichberechtigung nicht nur das aktive Wahlrecht zu, das bei der Abstimmung über das Jagdgesetz-Referendum bereits seine Feuerprobe erlitt, sondern auch das passive Wahlrecht, also

die Berechtigung, in politischen Gremien als vom Volk gewählte Vertreterinnen Einsitz nehmen zu können.

### Erhöhung der Mandatszahl?

Ob Frauen im Landtag vertreten sein werden, hängt somit nicht mehr wie früher von den gesetzlichen Voraussetzungen ab, sondern - obwohl kein direkter sachlicher Zusammenhang damit besteht - von der Höhe der Mandatszahl. Nach landläufiger Meinung wird es wohl kaum möglich sein, dass unter Beibehaltung der seit 1921 bestehenden Sitzzahl von nur 15 Abgeordneten die Frauen im Landtag vertreten sein werden. Die Hoffnungen auf eine repräsentative Vertretung des weiblichen Geschlechts im Parlament beruhen deshalb auf der Annahme einer der bei der Regierung eingereichten Volksinitiativen zur Erhöhung der Mandatszahl. Unschwer kann dabei die Feststellung schon heute gemacht werden, dass der Einzug von weiblichen Abgeordneten umso leichter vonstatten gehen wird, je

höher die Mandatszahl zu stehen kommt.

Eine gewisse Rolle in diesem Zusammenhang dürfte auch die Frage spielen, wie die Ausgestaltung der Stellvertreterfrage nach den Volksabstimmungen ausfällt. Würden Frauen als stellvertretende Abgeordnete in den Landtag geschickt und mit allen Rechten wie gewählte Abgeordnete ausgestattet, wie das die VU-Initiative vorsieht, so wäre das zweifellos ein schlechter Start auf der politischen Bühne: Die Frauen könnten dann zwar an den Sitzungen teilnehmen, in Kommissionen mitarbeiten und sogar die Vertretung im Europarat übernehmen - müssten sich dann aber immer sagen (und sagen lassen), dass ihnen die Legitimation durch die Volkswahl abgehe.

Schlimm genug, dass seit 1971 von den Männern dem Geist der Verfassung in diesem Zusammenhang zuwidergehandelt wird: Gegenüber den Frauen, die lange genug auf die politische Gleichberechtigung warten mussten, käme dies einem Affront gleich. (G.M.)

### Schweizer und Liechtensteiner Banken:

## Bilanzsumme wuchs 1984 stärker als 1983

Zürich (AP) Die Bilanzsumme der Schweizer Banken ist wegen des hohen Dollarkurses im vergangenen Jahr mit einem zehnzehnjährigen Wachstum stärker gestiegen als noch 1983. Dies geht aus dem am Dienstag in Zürich von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Vorabdruck veröffentlichten Bankenstatistik hervor. Diese umfasst insgesamt 71 Banken aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, die erfahrungsgemäss rund drei Viertel der bilanzierten Geschäfte der Banken in den zwei Ländern umfassen.

Das gegenüber dem Vorjahr (plus 7,2 Prozent) beschleunigte Wachstum ist

praktisch ausschliesslich auf die höheren Umrechnungskurse für Dollarpositionen zurückzuführen. Bei unveränderten Kursen für die US-Valuta hätte sich das Wachstum nur unwesentlich erhöht. Auf der Aktivseite der Bilanz verzeichneten im Berichtsjahr vor allem die Kredite an Kunden, die Ausleihungen gegenüber Drittbanken und ebenso die liquiden Mittel eine stärkere Zunahme als im Vorjahr. Auf der Passivseite steht laut SNB der im Vorjahresvergleich beschleunigten Entwicklung bei den Publikumsgeldern ein schwächeres Wachstum bei den Bankkreditoren und der Geldaufnahme am Kapitalmarkt gegenüber.

## Der Sergeant durfte dem Major nicht helfen

Einzelheiten des schweren Zwischenfalls in der DDR

Frankfurt (AP) Sowjetische Wachsoldaten, aus deren Mitte die tödlichen Schüsse auf einen amerikanischen Offizier in der DDR fielen, haben den Begleiter des Opfers davon abgehalten, dem Sterbenden Hilfe zu leisten. Diese Darstellung gaben amerikanische Regierungsbeamte in der Schilderung des schweren Zwischenfalls. Danach leisteten die Sowjets auch eine Stunde lang keine ärztliche Hilfe.

Die Sowjetunion hat den Vorwurf erhoben, der erschossene 37jährige Major Arthur Nicholson und sein Fahrer, der Sergeant Jessie Schatz, hätten sich in

einem klar gekennzeichneten Sperrgebiet befunden, an dem Warnschilder in deutscher und russischer Sprache angebracht seien. Ein Wachsoldat habe auf den flüchtenden Offizier geschossen, andere Soldaten hätten den amerikanischen Sergeant festgehalten, dessen Fahrzeug in der Nähe geparkt gewesen sei.

In den amerikanischen Berichten hiess es, Nicholson, der fliessend russisch gesprochen habe, sei zum Zeitpunkt der Tat 300 bis 500 Meter von jeglichem Sperrgebiet entfernt gewesen. Er sei nicht bewaffnet gewesen, auf ihn sei ohne Vorwarnung geschossen worden. Richard

Burt, Leiter der Europaabteilung im State Department, berichtete, Nicholson habe nach Schatz gerufen, als er verwundet worden sei. Sowjetische Soldaten hätten den Feldwebel aber davon abgehalten, erste Hilfe zu leisten. Ein sowjetischer Sanitäter sei 30 Minuten nach den Schüssen erschienen. Doch er habe etwa 30 weitere Minuten gewartet, ehe er sich um Nicholson gekümmert habe.

### Der Sergeant durfte nicht helfen

Burt bezog sich bei seinem Bericht auf Angaben von Sergeant Schatz, der später von den Sowjets den amerikanischen Militärbehörden in Westberlin übergeben wurde. Danach wurde der erste Schuss nicht auf den Major, sondern auf dessen Fahrer abgefeuert, doch habe die Kugel nicht getroffen. Nicholson sei von einem zweiten oder dritten Schuss getroffen worden.

## Sommerzeit ab Sonntag

Mit dem Beginn der Sommerzeit müssen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner in der Nacht auf den kommenden Sonntag ihre Uhren um eine Stunde vorstellen. Die Sommerzeit dauert bis zum 29. September. In Europa haben alle Staaten ausser Island und die Türkei die Sommerzeit.

Liechtenstein kennt diese Regelung seit 1981. Ihre Einführung stütze sich auf das Zeitgesetz von 1980. Bis 1984 wurde die Sommerzeit durch eine jährlich erneuerte Verordnung in Kraft gesetzt. Auch dieses Jahr werden die Uhren morgens um 02.00 Uhr auf 03.00 Uhr vorgerückt.

## KOMMENTAR

Die Exporte der liechtensteinischen Industrieunternehmen sind wieder kräftig auf über eine Milliarde angestiegen, die Banken verzeichnen bei den Bilanzsummen und den Gewinnen neue Rekordmarken, der Fremdenverkehr registrierte Zuwachsraten bei Ankünften und Logiernächten, die Umsätze des Detailhandels kletterten beim Weihnachtsgeschäft erneut in die Höhe, und auch die Bauwirtschaft sieht am Horizont einen rosaroten Schimmer aufziehen.

Alles in allem: Nachdem der weltweite Abschwung der Konjunktur auf unser Land nur geringe Auswirkungen hatte, konnte die Wirtschaft, insbesondere die Exportwirtschaft, von der Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft und von der Höherbewertung des Dollars sogleich mitprofitieren. Es geht unserer Wirtschaft, mit kleinen Ausnahmen, wieder gut.

Prognosen für die Zukunft sind allerdings, wie an der Diskussionsveranstaltung «Die Zukunft unserer Wirtschaft» zu vernehmen war, nicht mehr ohne weiteres möglich. Trotz der fast gänzlichen Auslandsabhängigkeit der Industrie wird von den Fachleuten jedoch erwartet, dass die liechtensteinischen Exporte auch künftig in der Welt noch Abnehmer finden werden. Der Erfolg der sogenannten Marktnischenpolitik dürfte nach diesen Voraussetzungen anhalten.

Etwas skeptischer wird die Situation der gewerblichen Wirtschaft beurteilt. Das Lohngefälle zwischen Gewerbe, Industrie und Dienstleistungssektor (vor allem Banken und Gesellschaftswesen) lässt darauf schliessen, dass strukturelle Veränderungen in naher Zukunft zu erfolgen haben. Noch immer ist beispielsweise von der Notwendigkeit des Gesundheitschumpfens in

### Marktnischenpolitik

der Bauwirtschaft die Rede, da dort nach wie vor eine Überkapazität vorherrscht. Das Baunebengewerbe plagt hingegen der Konkurrenzdruck aus dem billigeren Vorarlberg.

Dennoch besteht die Vermutung, dass der gewerbliche Sektor (einschliesslich der vielfältigen Klein-Dienstleistungsbetriebe) mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Die kleinen Betriebe haben den grösseren gegenüber den Vorteil, dass ihre Entscheidungswege viel kürzer sind und dass sie damit schneller und flexibler auf neue Entwicklungen reagieren können. Auf der anderen Seite machen Bestimmungen und Vorschriften den Kleinunternehmen mehr zu schaffen, da sie nicht über die notwendigen spezialisierten Abteilungen verfügen.

Für die politischen Entscheidungsträger bedeutet dies, dass den kleinen, Wachstum versprechenden Betrieben entsprechende Hilfen angeboten werden sollten. Wenn immer von Überkapazitäten im Baugebiete die Rede ist, so ist wenig sinnvoll, wenn das Auftragsvolumen für das Baugebiete mit aller Gewalt hoch gehalten wird. Die anderen wären über Steuervorteile oder günstige Kredite ebenfalls dankbar. (G.M.)

## Rheinkraftwerke

Podiumsdiskussion am 18. April in Balzers

Die geplanten Rheinkraftwerke Schweiz/Liechtenstein sind das zentrale Thema einer Podiumsdiskussion, die von der Jungen FBP Balzers am Donnerstag, den 18. April 1985 um 20 Uhr in der Aula der Realschule Balzers organisiert wird. Als kompetenter Gesprächspartner und Referenten werden sowohl Befürworter wie auch Gegner des Projekts zugegen sein. Die Junge FBP Balzers bittet alle interessierten Kreise, sich den Termin schon heute vorzunehmen. Nähere Einzelheiten zu dieser Veranstaltung werden rechtzeitig im VOLKSBLATT angekündigt.



Der in der DDR erschossene US-Offizier Arthur D. Nicholson wird nach Frankfurt (Main) überführt. Ganz rechts seine Frau Karyn mit Tochter. Brigadegeneral J. Griffin (stv. Stadtkommandant) hält die Hand von Mrs. Nicholson während der Abschiedszeremonie auf dem amerikanischen Flughafen Berlin-Tempelhof. (Bild: dpa)